

Sächsische Wolfsszeitung

Bezugspreis: Vierteljährlich seit Haus Ausgabe A mit illustrierten Beilage 12.75 M., Ausgabe B 11.25 M.
einschließlich Postporto

Ausgehen: Annahme von Geschäftsanzeigen bis 10 Uhr, von Familienanzeigen bis 11 Uhr voran. — Erst ab die Petzi-Spaltzeile **1.10 %**, im Wellenmetall **8.50 %**, Familienanzeigen **1.30 %**. — Bei unbekannter Geschlechtszugehörigkeit aufgegebene Anzeigen können wir die Beantwortungsfähigkeit für die Richtigkeit des Vermerks nicht übernehmen.

fangarme

* Wir lesen, daß seit einigen Tagen in Berlin wieder der große Reichstagsausschuss zusammengetreten ist und wir hören, daß dort allerhand politische Reden gehalten werden. Es handelt sich um den Haushatausschuss des Reichstages. Dieser Haushatausschuss soll also den Staat beraten. Diejenigen Leute, welche die Parlamentarierhandlungen nicht genau verfolgen, werden es natürlich vollständig in der Ordnung finden, daß dieser Haushaltungsausschuss des Reichstages jetzt zusammensteht, nur — wie sie glauben — den Staat für das laufende Jahr 1921 zu beraten, das heißt ihn vorzubereiten, bevor er dem Plenum des Reichstages vorgelegt wird. Nun ist aber leider die Sache so, daß diejenigen, die da so glauben, sich im Freitum befinden. Der Haushatausschuss des Reichstages befindet sich nämlich immer noch in der Beratung über den Staat des Jahres 1920, in Worten: Ein tausend neun hundert zwanzig. Von noch weit größtem Interesse ist aber, daß er zurzeit nämlich gar nicht diesen Haushaltspunkt prüft, daß der gar nicht gesprochen wird darüber, ob und inwieweit Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang gebracht werden können, ob sie vielleicht nicht in Einklang gebracht werden können, sondern daß in diesem Haushatausschuss sehr und sehr lange politische Reden über alle möglichen und unmöglichen Dinge gehalten werden. Schließlich wird man doch zugeben müssen, daß man zu diesem Zweck eigentlich den Haushatausschuss des Reichstages nicht als berufen ansehen kann. Sicherlich läßt es sich nicht vermieden, daß in den Haushatausschüssen der Parlamente bei der Aussprache auch politische Fragen mit anstossen werden. Aber es ist schlechterdings einfach nicht angängig, wenn diese Ausschüsse, wie das jetzt im Reichstage der Fall ist, sich etwa zu einem neuen Parlament austrocknen sollten, zu einem Parlament im Parlament, in dem die Redeschlachten des Plenums eine Fortsetzung finden sollen. Nicht mit Unrecht hat der neue sächsische Finanzminister Heldt am Freitag erklärt, es sei überhaupt jetzt kaum noch möglich, einen Staat aufzustellen, denn was heute reichens sei das sei morgen schon wieder über den Haufen geworfen. Gerade mit Rücksicht hierauf aber erscheint es notwendig, daß in einem Parlament wie dem Reichstag, der Haushatausschuss sich möglichst rasch bestellt, wodurch er eigentlich gebildet worden ist, und umgehend in die sachliche Arbeit eintritt.

Dass das natürlich für alle Parlamente gilt, ist klar. So ist es natürlich auch ein Niedrig, wenn bei allen Vorlagen von gewisser Seite reine politische Neben gehalten werden, weil dadurch auf die Daage eine sachliche und praktische Arbeit einfach unmöglich gemacht wird. Wir haben hierbei vor allem das Verhalten der Kommunisten im sächsischen Landtage im Auge. Kein sachliche Fragen waren es, die am letzten Freitag im Landtage auf der Tagesordnung standen. Es waren das die bereits bekannten Anträge wegen der Besteuerung des Steuerfreien Einkommens und wegen der Siedlung, die den Gemeinden zugeschilligt werden soll bei Besteuerung des Einkommensgrenze.

Trotzdem hat es der Kommunist Grauz fertiggebracht, eine rein parteipolitische Rede zu halten. Wir haben schon mitgelebt, daß nach seiner Ansicht unter 30 000 Mark überhaupt nicht versteuert werden darf. Er hat sich bei dieser Gelegenheit einige Ausprüche gefüllt, welche mit vollem Recht die Heiterkeit des ganzen Hauses hervergerufen haben. Aber es dienen doch diese Reden, wenn selbstredend nicht übersichtlich, auch nicht unterschätzbar werden. Es sind Reden, die lediglich zum Kestner hinzu gehalten werden, wobei aber die Kommunisten bestimmte Absichten im Auge haben. Herr Grauz hat erklärt, die „teilweisen Linksparteien, die hier in die Fangarme der bürgerlichen Ideologie hineingerutscht sind“, würden eine Steuer machen, „die früher die Herren Bürgerlichen sich nicht einmal gewagt hätten, dem Proletariat aufzutragen“. Weiter erklärte der Herr: „Wir müssen die bürgerliche Ideologie abtreten.“ Es und seine Freunde lehnen „die Versteuerung des nicht steuerbaren Einflusses bis mindestens 30 000 Mark grundsätzlich ab, weil wir hier Personen treffen, die entschlieben geholt werden müssen“. Der Wehrheitssozialist Felsisch hat daraufhin bezweifelt, ob sich Herr Grauz selbst darüber klar gewesen sei, was er eigentlich gewollt habe, und er hat sich mit Entschiedenheit gegen die Ausführungen des Herrn Grauz gewandt. Herr Grauz erwiderte darauf, daß die Partei des Herrn Felsisch sich in die Fangarme der kapitalistischen Gesellschaft verstrickt habe und zu freige set, die kapitalistische Gesellschaft dazu heranzubringen, um den Armen zu helfen. Der Kommunist Weimer hat dann den Ausführungen seines Freundes Grauz den vorzüchlichen Stempel aufgedrückt und sie als vollkommen unan-

Der ganze Vorgang hat deshalb eine besondere Bedeutung, weil man nun doch unmöglich nicht umhin kann, die kommunistische Partei als eine sächsische Regierungspartei angustreichen, selbst wenn sie nicht direkt im Gesamtministerium vertreten ist. Die gegenwärtige sächsische Regierung ist aber auf diese kommunistische Partei im Landtage angewiesen. Es ist ja in der letzten Landtagsperiode

es tritt infolgedessen immer mehr zu Tage, daß diese Regierung auf die Bauer nicht in der Lage sein kann, den Zeitbedürfnissen gerecht zu werden und praktische Arbeit zu leisten. Das kommt seiner dadurch zum Ausdruck, daß die kommunistische Fraktion sich auch in anderer Hinsicht nicht die geringste Zurückhaltung aufzeigt. Sie stellt einen Antrag nach dem anderen — fast ausschließlich Agitationsanträge — und beschwert damit in unglaublicher Weise die ganze Gesetzgebungsmaschine. Es ist sicherlich kein erhebendes Bild, wenn man die Fortgesetzten Streitigkeiten zwischen den sozialistischen Parteien sieht, aus denen die Regierung hervorgegangen ist. Wenn also von Hangarmen überhaupt die Rede sein kann, dann sind es in und außerhalb Sachsen die Hangarme des Theoretizierens, aus denen wir uns befreien müssen, um praktische Arbeit leisten zu können. Dass es dazu höchste Zeit ist, sollte man eigentlich gar nicht mehr betonen brauchen.

Der Kampf um die Macht!

Von einem unserer Berlinge Mitarbeiter wird uns gut Ge-
schäftigung des neuen Schlosses erwartet.

Die Wahlbewegung in Preußen ist nun auch offiziell eröffnet. Das Signal dazu gab der Abschluss der Tagung der preußischen Landesversammlung, die obwohl nicht offiziell aufgelöst, doch zu bestehen auseinander hat. Nur um einen kontrollierenden Regierungsfaktor gegenüber der Regierung zur Hand zu haben, bat man aus für das Preußenparlament, wie seinerzeit für die Nationalversammlung, den Ausweg gewählt, eine Vertragung einzutreten zu lassen und die alte parlamentarische Rappelkiste mit Wirkkommenwerden der neuen aus den Wahlen hervorgegangenen Vertretung stillschweigend verjünen zu lassen.

Natürlicherweise und vor allem recht unangenehm parlamentarischen Kämpfen ist die preußische Landesversammlung geschlossen worden. Das Kennzeichen der letzten Stunden war Obstruktion, teils von rechts und teils von links. Das parlamentarische System hätte nicht sicher in seinem Auswirkungen illustriert werden können, als durch die letzten Vorgänge im Preußensparlament, um den Beratungsgegenstand des letzten Tages zu Ende zu bringen, waren nicht weniger als zwölf hintereinander folgende Sitzungen notwendig, da die Obstruktionen politisch der Linken immerfort und ausgesprochenemmaßen, um die Rechte für ihre Haltung beim Domänengebot zu "strafen", namenslose Abstimmungen erzwangen, die dann immer die Beschlussfähigkeit des Hauses ergaben. Wenn die Wählerschaft im Lande am

Grund dieser lebenswichtigen Ereignisse und der Art der Fortführung der parlamentarischen Arbeiten ein Urteil füllen soll, dann wird sie einschärfte Abrechnung halten müssen. Vor allem müßte davon die gesamte Linke betroffen werden. Denn das ganze Verhalten und Auftreten der Wehrheitssozialisten in der preußischen Landesversammlung bot geradezu ein Musterbeispiel dafür, wie die Sozialdemokraten sich ausspielen würden wenn sie die unbestrittene politische Herrschaft hätten und nicht ein starkes Gegenwehr in der Arbeit und der Kontrolle der bürgerlichen Parteien neigen sich wüssten. Die preußischen Sozialdemokraten waren ja schon immer viel verantwortungsloser als die Sozialdemokraten im Reichstag, und die Sozialdemokraten in der preußischen Landesversammlung haben es gerade darauf angelegt zu haben, just daß sie in der parlamentarischen Praxis zu über, was sie sonst den von jeglicher Verantwortung unabsehbaren Unabhängigen und Abstinenten im Reiche vorwurfen. Der Unterschied liegt aber darin, daß die Sozialdemokraten im Reiche sich durch die radikale Kritik bestimmt und eingeschäfeln, während sie in Preußen mit an der Regierungslinie ziehen, ja dort den Sympathisierer stellen und daher sich eine Brüderlichkeit der Abgeordneten, soweit es sich nicht um die „Konkurrenz“ von links handelt, leisten könnten. Wie wenig wie eine Revolution mit einer wirklichen politischen Idee gehabt haben, dafür ist Bezeugt diese nun bestätigende preußische Landesversammlung. Wie wäre es somit möglich gewesen, daß in Preußen, welches auch heute noch drei Fünftel des gebauten Reichsgebietes umfaßt, eine völlig andere geartete politische Koalition die Regierung in Händen hätte als das im Reiche der Fall war. Aber nicht nur das: Wie wäre es sonst auch zu erklären, daß das deutsche und insbesondere auch das preußische Volk dieses fortgesetzte Herabsetzen des Herrenstandpunktes durch die Sozialdemokraten und insbesondere die preußischen sozialdemokratischen Minister sich hätten gefallen lassen. Der preußische Ministerpräsident Braun, gleichzeitig Preußens Landwirtschaftsminister einer der untypischsten Zeitgenossen, schlug es ja förmlich darauf angelegt zu haben, mit den Reichstagsabgeordneten in Konflikt zu treten und seine Sorgen und Angriffe auf öffentlichen Parlamentsbetrieb auszutragen. Man erinnere sich an den jenen Autoritätsgefühl eines empfindlichen Schaf verliegenden Vorsangs der sich im Reichstage im Anschluß an eine mäßige Kritik Brauns gegenüber dem Reichsernährungsminister Horner ereignete, in welchen der Reichslandrat Neher von Neher unter Verufung auf die Würde des Hauses eingreifen mußte. Braun hat noch darüberlegt auch mit dem Reichstagsminister von einen früheren Strauß ausgeschlossen und dabei seine provozierenden Manieren in der abstoßendsten Weise mehrfach öffentlich dokumentiert.

Warum wie das alles in diesem Rahmen ausführen? Weil die Sozialdemokraten ihre ganze politische und parlamentarische Tätigkeit im Preußensparlament und weil die sozialdemokratischen Minister ihre Positionen in den preußischen Ministerien zu parteipolitischer Agitation ausnutzen und weil sie damit um ihren Parteileitersitz zu rütteln, die Volksinteressen des deutschen Volkes ganz gessellschaftlich zu schädigen sich nicht scheuen. Man muss das den preußischen Bürgern, aber auch dem ganzen Lande mit aller Vehemenz und ohne Rücksicht auf Offenkundigkeiten sagen. Wenn jetzt der „Vorwärts“ den preußischen Wahlkampf als „einen Kampf um die Macht“ bezeichnet, so spricht er nur offen das aus, was schon lange vorbereitet die Sozialdemokraten im Preußensparlament sich vornehmen.

In der Tat geht es jetzt in Preußen um die Macht. Die Verteilung der politischen Machtstellung unter den Parteien, wie sie auf Grund der neuen Wahlen sich ergeben wird, wird nicht nur von einer grundsätzlich entscheidenden Bedeutung für Preußen, sondern viel mehr noch für die gesamte Reichspolitik sein. An den Dingen, wie sie sich in Preußen nunmehr entwickelt haben, kann die Reichsregierung nicht vorübergehen und ihre Beurteilung nach der einen oder anderen Seite steht außer Zweifel. Tatsächlich erhält die außerordentliche Bedeutung des kommenden Preußenwahls, und wie alle wollen uns das sozialdemokratische Wort, daß es hier um die „Macht“ geht, gut meinen und uns bestreiten, wir es einrichten.

Sie interpretieren weiter

Von unserer Seite wird uns gewünscht,

Ein polnisches Blatt in Oberösterreich, „Nowina Godzina“, hat sich fürzlich (Nr. 8 vom 12. Januar) eine wichtige Aufführung aus Warschau melden lassen. Danach hätte das Ministerium des Inneren in Warschau von einem General in Rom folgende Telegramme erhalten:

Die politischen Bündnisse sind nach wiederholter Rücksicht beim Papst und Staatsbeamten zur Bekanntgabe zulässig der Erklärung bevoßmächtigt worden:

Um die Misverständnisse zu beiseitigen, haben wir vom amtsrathlichen Stande die Vollmaß für die Veranträge folgender Größen ertheilt:

2. Unter dem Begriffe „Schulen“ sind ausschließlich Parochialschulen zu verstehen; in diesen Schulen ist die Religionslehre bei öffentlichen Versammlungen verboden.

3. Um das Theologische in beruflichen Erfüllung der angeforderte

3. Um das Gewissen zu beruhigen, erklärt der abstoßende Stuhl, daß jeder Person das Recht zusteht, ihre Stimme für die eine oder andere Seite abzugeben.

Dazu wäre folgendes zu bemerken: Nach seßliger Erklärung ist ein sehr erstaunendes Missverständnis zwischen dem Würzburger Weihbischof und dem Breslauer Weihbischof bestanden, was an die berühmte Information, die Kardinal von dem Würzburger Ministerpräsidenten (vom 11. September 1920) über die "Schlußfolgerungen des Mgr. Ratti veröffentlicht hat, deraufzug der Kardinalstaatssekretär dem polnischen Oberstufenbeamten beim Papsttan stattzulassen habe, sowie an die offizielle Anordnung des Kardinals Verbaam im suspendierenden Urk. mit anderen Worten, die Jurisdicition des Breslauer Weihbischofs für Überfälle sei auf den Würzburger Konsul übergegangen. Der Kardinalstaatssekretär hat darauf bekanntlich am 12. Oktober 1920 dem Kardinal Verbaam deutlich mitgeteilt, daß derartige Erklärungen niemals wieder in den mitgeteilten noch in ähnlichen Ausdrücken von dem Staatssekretär gegeben werden sollen. Und in einem Erläuterungsbriefen vom 13. Oktober 1920 erläuterte der Kardinalstaatssekretär, bei der Bestellung des Rattius zum Hochlihen Kommissar für die Wiederauflösungsgebiete habe es sich niemals darum gehandelt, die ordentliche Jurisdicition aufzuhoben oder zu vermindern, die dem Breslauer Weihbischof in jenen Gebieten zustehne. Vielmehr habe der Hl. Stuhl zuweilen bestimmt, daß der Weihbischof seine Jurisdicition in vollem Umfange auch über jenen Teil der Diözese Breslau beibehalten habe. Augenscheinlich soll jetzt mit der oben wiedergegebenen „schwierigen Ausklärung“ aus Würzburg ein ähnliches Maß an Ver- und missverständnis in jener Frage bestehen.

Auch diese amfliche Wiesbadener Information trägt den Gesamtpunkt höchste Unwahrscheinlichkeit. Punkt 1 wäre eine völlige Aufhebung des Ognostischen Erlasses vom 21. Dezember 1920, der in Punkt 1 ausdrücklich verfügt hat:

Aller Priesteren jedmeder Nation sei es Dörfelar
oder Ritterbüroßen, Pfarrer oder nich Welt- oder Ordens-
priester, wird sub gratia unterjagt, im übertheilichen Absturz-
ungsgebiet Propaganda zu treiben, aufzuhören das Heilige,
privat in ihre Meinung zu äussern und bei den Wahlen ihre
Stimme abzugeben, wenn ihnen dieser Meier nach dem Vertrage

Eine Einschränkung des Agitationsschutzes auf die Kirche und die ausdrückliche Erlaubnis der Agitation in öffentlichen Versammlungen welche den Sinn des Gesetzes ganzlich außerdeutzen. Nach Punkt 2 (Schluß) der Warschauer Information bringt sehr sonderbar. Wenn in den Parochialräumen die Agitation bei öffentlichen Versammlungen verboten ist, so wäre eigentlich das durch dem Punkt 1, wonach dieselbe gestattet sein soll, Punkt 3 endlich überflüssig. Eine solche „Gemeinschaftserlaubnis“ ist nach dem Erlassen des Migr. Ordos, der ausdrücklich das Recht der privaten Meinungsäußerung und der Stimmbabrengung zugrunde stellt, gar nicht nötig. Nebenbei hat Migr. Ordos selbst in seiner Erklärung vom 3. Januar 1921 besagt, daß dies in dem Anteileiden an das sich das Recht annehme, das zum Ausdruck gebracht worden ist. In dieser Erklärung hat der Patriarch Konstantin ebenso klar die passiven Teilnahme an Versammlungen gestattet, freilich mit dem bezeichnenden Hinweis auf Preistherstand und Drucksteuerwaffe, beginn' es mehr einzufordern würde, sich genug den wiederholt zum Ausdruck gebrachten Wünschen des hl. Stanislaus, davon fernzuhalten. Nach diesen Feststellungen ist ohne weiteres ersichtlich, was von der neuzeitlichen amtlichen Warschauer Information zu halten ist; sie ist ein neuer Versuch mit unbefuglichen Mitteln Verwirrung zu setzen auf Kosten der höchsten kirchlichen Autorität, aber auch auf Kosten der Freiheit. Den Warschauern ist es freilich auch nur darum zu tun, die kurze Zeit vor der Abstimmung wiedlich für ihre Absichten einzunehmen, und, hoffe man, was helfen mag, die oberösterreichische Bevölkerung selber zu benutzten und aufzu-